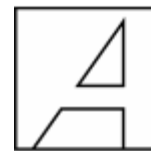




MKAS - Newsletter



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Mazedonien im November 2006

Demonstration gegen Visa in Skopje, Verhandlungen für eine Liberalisierung in Brüssel

Kritik von der EU

Inspektion an der Staatlichen Universität Tetovo

Kleinere konservative Parteien kehren zur VMRO-DPMNE zurück

Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für das mazedonische Parlament

Liberalisierung bei der Registrierung von Glaubensgemeinschaften umstritten

Radmila Šekerinska neue Vorsitzende der SDSM

Skanderbeg in Skopje

KURZNACHRICHTEN



Demonstration gegen Visa in Skopje, Verhandlungen für eine Liberalisierung in Brüssel



Am 9. November demonstrierten mehr als 500 junge Menschen friedlich gegen das Visaregime der europäischen Staaten. Vor allem die administrativen Hindernisse und langen Ausstellungsfristen, die hohen Preise, der Ausschluss aus europäischen Austauschprogrammen und die bisher unerfüllten Versprechen betreffend die Liberalisierung der Visa waren die Beweggründe für diese Demonstration, die von verschiedenen Studenten- und Jugendvereinigungen organisiert worden war. Das Datum wurde gewählt, um eine symbolische Verbindung zwischen dem Fall der Berliner Mauer und der „Schengener Mauer“

herzustellen, die durch die Visumspflicht entstanden ist.

Am 30. November begannen in Brüssel Verhandlungen über die Liberalisierung des Visaregimes. Gegenstand dieser Verhandlungen waren die Senkung der Visakosten für alle Bürger und die Erleichterung des Ausstellungsverfahrens für bestimmte Personengruppen wie Studierende, Wissenschaftler, Geschäftsleute, Journalisten. Zuvor müsste aber Mazedonien – wie auch andere Staaten der Region – bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die vor allem den Abschluss von Rückführungsabkommen, sichere Pässe, eine bessere Grenzsicherung und die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption betreffen. Außenminister Antonio Milošoski bezeichnete diese Verhandlungen als Vorbedingung für die völlige Befreiung von der Visumspflicht. Gemäß der Liberal-Demokratischen Partei Mazedoniens wird das endgültige Dokument lediglich für fünf Prozent der Bevölkerung Mazedoniens Erleichterungen bei der Visa-Beschaffung bieten, ohne weitere Erleichterungen in den nächsten fünf Jahren festzulegen.

Kritik von der EU

Am 8. November wurde der Bericht der Europäischen Kommission (EK) zum Fortschritt Mazedoniens ein Jahr nach der Erteilung des Kandidatenstatus veröffentlicht. Die EK empfiehlt keine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im nächsten Jahr, da sich die Umsetzung der Reformen seit Erteilung des Kandidatenstatus verlangsamt hätten. Bei der Reform von Polizei, Rechtswesen und öffentlichen Dienstleistungen sei noch einiges ausstehend. Die Regierungspartei VMRO-DPMNE machte darauf aufmerksam, dass zahlreiche von der EK hervorgehobene Problemfelder auf die vorhergehende Regierung zurückzuführen seien. Im Vorfeld der Veröffentlichung erntete die Regierung bereits Kritik aus Brüssel: Die Neubesetzung der Administration der Regierung durch Partei- anstatt Fachkräfte wie auch der Mangel an politischem Dialog gereichten dem Land zum Nachteil. Der Bericht der EK wurde von der Stellvertretenden Premierministerin für





europäische Integration Gabriela Konevska-Trajkovska als Herausforderung zur Durchführung der geforderten Reformen bezeichnet und solle nicht in erster Linie als Lob oder Kritik aufgefasst werden. Die Regierungs- und Oppositionsparteien machen sich derweil gegenseitig für die Kritik des Berichts verantwortlich. Nach den diesjährigen Rundtischgesprächen in Mavrovo (Bild oben), die jährlich von der Schweizer Botschaft organisiert werden und die der Entwicklung eines politischen Dialogs zwischen allen Parteien dienen sollen, wurde aus der Opposition geäußert, man verstehe offensichtlich bei der Regierung unter dem Begriff Dialog die Zustimmung zu einem Vorschlag. Die albanischen Parteien DUI (Demokratische Union für Integration) und DPA (Demokratische Partei der Albaner) wurden an der Veranstaltung nicht durch ihre Vorsitzenden Ali Ahmeti und Arben Xhaferi vertreten, was von einigen Teilnehmern als nicht wahrgenommene Möglichkeit der Beteiligung am Dialog gewertet wurde.

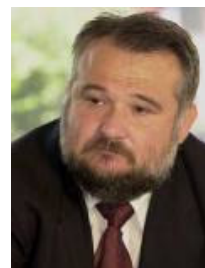
Inspektion an der Staatlichen Universität Tetovo

Eine Bildungsinspektion hat nach eingehenden Untersuchungen an der Staatlichen Universität Tetovo (s. Newsletter Oktober) festgestellt, dass lediglich zwei der fünf Fakultäten die Bedingungen einer Universität erfüllten. Gemäß „gut informierten Quellen“ der Tageszeitung „Vreme“ werden Klagen gegen den des Amtes enthobenen Vorsitzenden der Universität, Nexhbedin Beadini, sowie gegen die Dekane und die gesamte Universitätsleitung erhoben werden. Ungefähr dreißig Mitglieder des Lehrkörpers der Universität verfügten nicht über eine ausreichende Lehrbefähigung. Viele Studenten, die Diplome der Universität erhalten hätten, seien dort gar nicht immatrikuliert gewesen. Gemäß Bildungsminister Sulejman Rushiti solle die Universität aber nicht geschlossen werden.

Kleinere konservative Parteien kehren zur VMRO-DPMNE zurück



Die Partei DRUM (Demokratisch-Republikanische Union Mazedoniens) hat sich offiziell der Regierungspartei VMRO-DPMNE angeschlossen. Die Partei war 2004 von der ehemaligen Innenministerin Dosta Dimovska (Bild) gegründet worden, die wegen Fraktionsbildung aus der VMRO-DPMNE ausgeschlossen worden war. Gründe für die Auflösung der DRUM und die Rückkehr ihrer Mitglieder in die VMRO-DPMNE seien der „globale Trend“ zur Stärkung der Parteien des konservativen Spektrums und der Wille, an den



Reformen der VMRO-DPMNE mitzuarbeiten, gab Goran Rafajlovski bekannt, der zuletzt Vorsitzender der DRUM war. Auch Marjan Gjorčev (Bild), Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Volkspartei, gab die Auflösung seiner Partei und die Rückkehr in die VMRO-DPMNE bekannt. Gjorčev, ehemaliger Vizevorsitzender der VMRO-DPMNE, war wie Dimovska vor zwei Jahren wegen Fraktionsbildung aus der Partei ausgeschlossen worden.

Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für das mazedonische Parlament



Die Regierung hat einen Entwurf für eine neue Geschäftsordnung des Parlaments erarbeitet. Dieser Entwurf orientiert sich an Geschäftsordnungen europäischer Parlamente, insbesondere an derjenigen des deutschen Bundestags. Neuerungen betreffen unter anderem Beschränkungen der Redezeit der Abgeordneten und die Geschäftssprachen im Parlament. Durch die Einführung der letzteren



Neuerung wäre das Parlament die erste Institution auf nationaler Ebene, in der die albanische Sprache als offizielle Sprache eingeführt würde.

Der Geschäftsordnungsentwurf wurde auch durch Professor Dr. Wolfgang Zeh (Bild), ehemaliger Direktor beim Deutschen Bundestag, im Rahmen eines einwöchigen Besuchs beim mazedonischen Parlament zur Erstellung eines Beratungs- und Qualifizierungskonzepts beurteilt.

Liberalisierung bei der Registrierung von Glaubensgemeinschaften umstritten

Ein Gesetzesentwurf, der die Registrierung verschiedener Glaubensgemeinschaften der gleichen Religion erlaubt, wird der OSZE und vom mazedonischen Außenminister Milošoski propagiert. Gegner des Entwurfs sind die größten Glaubensgemeinschaften Mazedoniens, die Mazedonische Orthodoxe Kirche (MPC) und die Islamische Glaubensgemeinschaft (IVZ). Das Gesetz, das die Registrierung religiöser Gemeinschaften liberalisieren würde, entspreche den europäischen Normen, heisst es aus der OSZE. Die MPC hingegen möchte verhindern, dass der zur Zeit wegen Unterschlagung von Geldern in Haft befindliche und der Serbisch-Orthodoxen Kirche angehörende Zoran Vraniškovski sein Orthodoxes Erzbistum Ohrid registrieren lassen kann. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche erkennt die Autokephalie der MPC nicht an und würde, so die Befürchtungen, das Recht erhalten, anti-mazedonische Aktivitäten durchzuführen. Es gebe zudem keinen Bedarf an mehreren Gemeinschaften des gleichen Glaubensbekenntnisses, so die Stellungnahme. Die IVZ schließt sich dem Standpunkt der MPC an, denn sie „habe auch ihre eigenen Vraniškovskis“.

Radmila Šekerinska neue Vorsitzende der SDSM

Die ehemalige Stellvertretende Premierministerin für europäische Integration Radmila Šekerinska (Bild) wurde am vorgezogenen Parteitag der SDSM als einzige Kandidatin zur Parteivorsitzenden gewählt (s. Newsletter Oktober). Neuer Generalsekretär ist Goran Minčev, der wie Šekerinska aus dem Lager der Sympathisanten des Staatspräsidenten und ehemaligen Vorsitzenden der SDSM Crvenkovski stammt. Obwohl somit das Lager der Sympathisanten Vlado Bučkovskis, des ehemaligen Premierministers, dessen Wahlniederlage ihm das Misstrauensvotum der Partei eingebracht hatte, nicht in der obersten Parteiführung vertreten ist, will dieser nun doch keine Parteifraktion gründen. An einem Treffen zwischen Premierminister Gruevski und Šekerinska, das kurz nach ihrer Wahl stattfand, sei eine Intensivierung der Kommunikation und eine Konsensfindung bei wichtigen politischen Fragen beschlossen worden, berichtete die Tageszeitung „Utrinski vesnik“. Vlado Bučkovski seinerseits gab bekannt, er und seine Sympathisanten im Parlament würden die Initiative der VMRO-DPMNE zur Einführung eines Ministeriums für Informationstechnologie unterstützen, unabhängig von der Position der SDSM.



Skanderbeg in Skopje

Ein Denkmal des albanischen Nationalhelden Skanderbeg wurde am 28. November, dem Tag der albanischen Flagge, im Stadtteil Čair aufgestellt. Tausende ethnischer Albaner säumten die Strassen, als die 2,7 Tonnen schwere Reiterstatue aus Tirana nach Skopje transportiert wurde. Bei der Enthüllung des Denkmals hielt der Vorsitzenden der DUI Ali Ahmeti eine Rede und erhielt



von der Gemeinde Čair eine Auszeichnung für die Verbesserung der Rechte der Albaner. Neben der DUI-Parteispitze wohnten der Feierlichkeit der Parlamentsvorsitzende Ljubiša Georgievski, zwei Minister, einige Abgeordnete der VMRO-DPMNE und die Botschafter der EU und USA bei. Die eingeladenen Mitglieder der SDSM und der DPA hingegen blieben der Zeremonie fern. Die Aufstellung des Denkmals war im letzten Moment vom Stadtrat legalisiert worden.

KURZNACHRICHTEN

- ▶ In Mazedonien sind derzeit 15 Fälle von HIV/Aids gemeldet, elf davon sind im letzten Jahr neu dazugekommen – ein trauriger Rekord seit 1987. Seither sind insgesamt 95 Fälle gemeldet worden. Von den Betroffenen hat sich seither lediglich einer öffentlich zu seiner Erkrankung geäußert.
- ▶ Der frühere mazedonische Außenminister und Botschafter Srgjan Kerim wurde zum offiziellen Kandidaten der Gruppe der Staaten Südosteuropas um den Vorsitz der 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen bestimmt.
- ▶ Mazedoniens erfolgreichste Bank, die „Komercijalna Banka“, war im Rahmen einer Ausschreibung zum Verkauf angeboten worden. Nachdem Gerüchte, dass keine akzeptablen Angebote eingingen und deshalb der Verkauf unter Wert wäre, wurde das Bieterverfahren gestoppt. Die Aktien der „Komercijalna Banka“ stürzten daraufhin ab, so dass die Börse den Handel vorübergehend einstellte, um Marktstörungen zu verhindern und Investoren zu schützen.
- ▶ Die persönliche Einkommenssteuer und die Gewinnsteuer sollen 2007 auf 12 Prozent, 2008 sogar auf 10 Prozent gesenkt werden. Die Regierung erwartet vom Parlament für diese Neuerung grünes Licht. Gemäß Premierminister Gruevski würde Mazedonien durch die Einführung dieser Pauschalsteuer zum wettbewerbsfähigsten Land Europas.



Impressum

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.
V.
Außenstelle Skopje**

Zusammenstellung:
Tiina Fahrni

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

6.12.2006